

Inhaltverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Kapitel 1 Betreuungsrecht	1
A. Einführung in das Betreuungsrecht	2
I. Entstehungsgeschichte und wichtige Reformen	2
II. Voraussetzungen für die Bestellung eines Betreuers	13
B. Der Betreute im Rechtsverkehr	18
I. Abschluss von Rechtsgeschäften durch den Betreuten selbst	18
II. Abschluss von Rechtsgeschäften durch den Betreuer	36
III. Sonderprobleme des Vertretungsrechts	51
Kapitel 2 Vorsorgeverfügungen	67
A. Allgemeines und Vorfragen	74
I. Vielzahl von Veröffentlichungen	74
II. Gründe für das öffentliche Interesse	75
III. Die Vorteile von Vorsorgevollmachten	77
IV. Aufgabenstellung für den Berater	78
V. Geschäftsfähigkeit oder Einwilligungsfähigkeit?	79
VI. Zweifel an der Geschäftsfähigkeit	81
VII. Als Bevollmächtigte ausgeschlossene Personen	88
VIII. Der »anwaltliche Vorsorgebevollmächtigte«	90
IX. Vollmachten zugunsten von juristischen Personen	91
X. Verstoß gegen das Rechtsdienstleistungsgesetz	91
B. Vermögensrechtliche Angelegenheiten in Vorsorgevollmachten	93
I. In der Praxis meist untaugliche Ausgestaltungsformen	94
II. Regelfall: Generalvollmachten mit Verwendungsbeschränkungen lediglich im Innenverhältnis	100
III. Einzelfragen	104
C. Nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten in Vorsorgevollmachten	129
I. Zulässigkeit der Vollmachtserteilung	129
II. Inhaltliche Ausgestaltung	131
III. Sonderfall: Die ärztlichen Zwangsmaßnahmen	133
IV. Möglichkeit der Erteilung von Untervollmachten	135
V. Ergänzende Hinweise	138
D. Betreuungsverfügung	145
I. Allgemeines/Inhalt	145
II. Bindungswirkung	146
III. Praktischer Anwendungsbereich von Betreuungsverfügungen	149
E. Patientenverfügung	151
I. Einleitung	151
II. Geschichte der gesetzlichen Regelung zur Patientenverfügung	157
III. Grundgedanken der gesetzlichen Regelung	158
IV. Kritische Überlegungen zur gesetzlichen Regelung	169

V.	Hinweise zur Gestaltung von Patientenverfügungen	186
VI.	Sonderproblem: Organspende	200
VII.	Ergänzende Hinweise	205
F.	Grundverhältnis	213
I.	Allgemeines	213
II.	Rechtsnatur des Grundverhältnisses	214
III.	Bereiche des Grundverhältnisses	215
IV.	Argumente für die Ausgestaltung des Grundverhältnisses	219
V.	Argumente gegen die Notwendigkeit einer umfangreichen Ausgestaltung des Grundverhältnisses	220
VI.	Eine oder mehrere Urkunden/Texte	224
VII.	Zusammenfassung	225
G.	Mehrere Bevollmächtigte/Kontrollbetreuer	225
I.	Mehrere Bevollmächtigte	225
II.	Überwachungsbevollmächtigter	228
III.	Kontrollbetreuer	229
H.	Widerruf von Vorsorgevollmachten	233
I.	Der Widerruf durch den Vollmachtgeber	233
II.	Widerruf durch einen von mehreren Bevollmächtigten	237
III.	Widerruf der Vollmacht durch einen Betreuer oder Kontrollbetreuer	244
IV.	Widerruf von Vollmachten, die über den Tod hinaus erteilt wurden	247
I.	Form- und Gestaltungsfragen	249
I.	Allgemeines/Beglaubigungsbefugnis der Betreuungsbehörde	249
II.	Argumente für die Beurkundung von Vorsorgeverfügungen: Beurkundung »schlägt« Beglaubigung	254
III.	Wirksamwerden/Zugang	262
IV.	Legitimationsprüfung nach GwG	263
V.	Auf wen muss die Ausfertigung lauten?	265
VI.	Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung: zwei Urkunden oder »Paketlösung«	266
J.	Hinterlegung von Vorsorgeverfügungen	268
I.	Das Vorsorgeregister der BNotK	268
II.	Sonstige institutionelle Hinterlegungs- und Registrierungsmöglichkeiten	275
III.	Gesetzliche Ablieferungspflichten	276
K.	Schlussgedanke: Keine Überforderung der Beteiligten mit zu komplizierten Texten und abweichenden Gestaltungen	277
L.	Kosten	279
I.	Grundgedanken und Vorüberlegungen	279
II.	Die Anwendung der Regelungen des GNotKG auf Vorsorgeverfügungen	283
III.	Fallbeispiele mit Bewertungsvorschlägen	295
IV.	Einzelfragen und Sonderfälle	299
Kapitel 3 Sonderfragen		305
A.	Internationalprivatrechtliche Aspekte von Betreuung und Vorsorgevollmacht	307
I.	Anwendbares Recht	307
II.	Das auf Vorsorgevollmachten anzuwendende Recht	315
III.	Patientenverfügung	319
IV.	Bedeutung und Anerkennung von Vorsorgeverfügungen in Europa	319

B.	Die unternehmensbezogene Vorsorgevollmacht	334
I.	Entwicklung der Diskussion	334
II.	Regelungsbedürftige Fälle	335
III.	Inhaltlicher Regelungsbedarf	336
IV.	Auswahl des Bevollmächtigten	336
V.	Inhalt der unternehmensbezogenen Vollmacht	337
VI.	Zusammenfassende Würdigung und Gestaltungshinweise	346
VII.	Neuere Entwicklungen zur unternehmensbezogenen Vorsorgevollmacht	347
C.	Digitaler Nachlass	350
I.	Problemstellung	350
II.	Der Begriff »digitaler Nachlass«	350
III.	Vererblichkeit	351
IV.	Vorsorgebedarf und Regelungsmöglichkeiten	354
D.	Sorgerechtsverfügung	360
I.	Problemstellung	360
II.	Erteilung einer Sorgerechtsvollmacht	361
III.	Sorgerechtsverfügung (Vormundbenennung)	362
Kapitel 4 Formulierungsmuster		365
A.	Muster: Umfassende Vorsorgevollmacht mit einem Bevollmächtigten und einem weiteren Bevollmächtigten ohne Patientenverfügung	366
B.	Muster: Umfassende Vorsorgevollmacht mit einem Bevollmächtigten und einem weiteren Bevollmächtigten mit »weitreichender« Patientenverfügung	370
C.	Reine Patientenverfügung	377
I.	Muster: »Weitreichende« Patientenverfügung	377
II.	Muster: Patientenverfügung mit dem Wunsch nach Maximaltherapie	380
III.	Muster: Patientenverfügung bei schwerer Krankheit	382
D.	Muster: Betreuungsverfügung	385
Anhang		387
A.	Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister- Verordnung - VRegV)	387
B.	Satzung über die Gebühren in Angelegenheiten des Zentralen Vorsorgeregisters	391
C.	Übereinkommen über den internationalen Schutz von Erwachsenen	395
Stichwortverzeichnis		411